Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

20 (25.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 20 — Montag, den 25. Januar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In dem Antwortschreiben des Reichskanzlers auf die Denkschrift Hitlers bezeichnet der Reichskanzler Hitlers verfassungsrechtliche Bedenken als unbegründet und weist Hitlers politische Argumente als unsachlich zurück.

Die Stillhalteverhandlungen haben zu einem „Deutschen Kreditabkommen 1932" geführt, durch das die kurzfristigen Auslandskredite um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Die Großhandelsindexziffer betrug am 20. Januar 100,00. Sie ist gegen die Vorwoche um 0,7 v. H. gesunken.

Ab 1. Februar führt das Reichsfinanzministerium wieder Steuerverzugszuschläge von 1,5 Prozent halbmonatlich ein.

•

Adolf Hitler hielt am Samstag im Zirkus Krone in München eine längere Rede, in der er auch auf die Antwort Brünings einging.

•

In Paris nimmt man allgemein an, daß die Besprechung zwischen Laval und Macdonald voraussichtlich am Ende der Woche in Paris stattfinden wird.

•

Die Ansicht, Sanktionen gegen Deutschland zu ergreifen, um die Durchführung des Youngplanes zu erzwingen, gewinnt in Frankreich an Boden. Neuerdings erklärt der ehemalige Minister Bonnevfous, die Volksabstimmung im Saargebiet müsse solange verschoben werden, bis Deutschland sich seiner Reparationsverpflichtungen entledigt und auch die rückständigen Summen bezahlt habe.

•

Die deutsche Abordnung für die Völkerbundsratstagung ist in Genf eingetroffen. Bis zur Ankunft des Staatssekretärs von Bülow übernimmt Gesandter von Weizsäcker die Führung der Abordnung.

•

Frankreich hat den Bau von vier Bombengeschwadern in Angriff genommen, die alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen. Jedes Flugzeug wird bei einem Aktionsradius von 2000 Kilometern 1000 Kilogramm an Bomben mit sich führen können.

•

Ein japanisches Sondergeschwader hat in Schanghai 1000 Seesoldaten gelandet. An den wichtigsten strategischen Punkten wurden Schützengräben und Barrikaden errichtet. Zur Beilegung des Schanghaier Streitfalles fordert Japan Auflösung aller japanfeindlichen Vereinigungen, Aufhebung des Boykotts usw.

Heilig, geheiligt, heilige Verträge

Von Professor Dr. Höß

„Die Geschichte lehrt, daß ..." Also wird an den Schulen aller Gattungen doziert. Und was lehrt die Geschichte? Scheinbar alles und jedes: Die Vertreter der sich widersprechendsten Anschauungen berufen sich auf die Geschichte, jede Konfession, jede politische Partei führt die Geschichte als Kronzeugin für die Wahrheit und Richtigkeit gerade ihres Standpunktes an. Das beweist den Glauben des Menschen an die Geschichte als eine Quelle der Lebensweisheit, zeigt aber auch, daß die Historie weder klar noch eindeutig spricht. Leben und Geschichte liefern uns in sehr beschränktem Maße Beispiele, nach denen man sich ohne weiteres richten kann. Für die politische Reife eines Volkes kommt es aber weit weniger auf das Maß seines geschichtlichen Wissens an als auf die Fähigkeit, seine historischen Kenntnisse zu nützen. Das deutsche Volk überragt alle anderen an historischem Wissen, aber manche Völker sind uns an praktischer Verwertung historischer Kenntnisse ebenso überlegen, wie wir ihnen an positivem Wissen.

Im 36. Kapitel der Germania des römischen Geschichtsschreibers Tacitus lesen wir: „An der Seite der Chauken und Chatten haben die Cherusker unangefochten nur allzu lange in entnervendem Frieden dahingelebt. War dies für sie auch angenehm, so untergrub es doch ihre Sicherheit. Denn zwischen unbändigen und starken Nachbarn ist Friedensliebe verfehlt. Wo es auf die Faust ankommt, heißt nur der Stärkere maßvoll und rechtschaffen." Derselbe große Römer schreibt an einer anderen Stelle: „Pacem appellant, solitudinem facinnt", d. h. Friede nennen sie es, eine Wüste schaffen sie. Tacitus könnte diese Worte, mit denen er die Tätigkeit der Römer in den niedergerungenen Provinzen geißelt, auch für die heutigen Zeiten geprägt haben.

Unsere politischen Gegner, die durch das ausschlaggebende Amerika Deutschland niedergerungen haben, pflegen soeben mit Vorliebe folgende Phrasen im Munde zu führen: „Heilig, unverletzlich, geheiligte Verträge, heilige, von Gott gesetzte Grenzen!" Sakrosankt, d. h. hochheilig waren im alten Rom die Volkstribunen und die Person der Kaiser seit Augustus' Zeiten. Sacro egoismo, heilige Selbstsucht! Das ist ein italienisches Schlagwort geworden für die angeblich bedenkenlose Gesinnung bei der Verfolgung der machtpolitischen Ziele des treulosen Italiens. Der königliche Minister Salandra hat im Dezember 1914 in der Kammer dieses verruchte Wort vom sacro egoismo erfunden und geprägt. Ein Widerspruch in sich selbst! Denn was Egoismus ist, kann niemals heilig sein, was heilig ist, wird niemals Egoismus sein können. Aus Frankreich herüber erschallt täglich die Phrase: „Heiligkeit der Verträge!" Wer erinnert sich nicht in diesem Zusammenhang an die Begriffe „heiliger Krieg"? Kennt nicht das griechische Altertum mehrere heilige Kriege, um die heilige Stadt Delphi entbrannt? Wurden nicht im Laufe der Geschichte Glaubenskriege als heilig bezeichnet? Hat man nicht auch sog. Nationalkriege heilige genannt? Wurde nicht vom letzten Sultan am goldenen Horn im letzten Weltkrieg der sog. „heilige Krieg" erklärt?

Italien hatte mit Deutschland und Oesterreich einen besiegelten und beschworenen Bündnisvertrag. Staatsverträge sind der Ausdruck eines bei Abschluß des Vertrages bestehenden Willens, und Festlegung des Wunsches der den Vertrag fertigenden Individuen, daß auch ihre Nationen diesen Willen in der vorgesehenen Vertragszeit haben mögen. Die feierliche Dokumentierung dieses Wunsches erscheint als starkes Mittel zur Aufrechterhaltung des vertraglich niedergelegten Willens. Aendern sich aber die Voraussetzungen und würde die Innehaltung des Vertrages der Nation nach der öffentlichen Meinung zum Schaden gereichen: wird dann ein noch so heiliger Vertrag ein Volk bis zur Selbst-Schädigung binden können? Darum wurde italienische, geschworene Bündnistreue in Bündnis-Untreue gewandelt. Nach diesem Vorbild halten sich Völker für berechtigt, nach dem sacro egoismo zu handeln und je nach der Lage der Dinge Staatsverträge für heilig oder bloß für einen Fetzen Papier zu erklären. Das Wort sacro egoismo haben die Italiener zur Rechtfertigung ihrer Treulosigkeit eigens erfunden.

Unser deutsch-sentimentales Gemüt und unsere moralische Erziehung bäumt sich zwar angesichts solcher Handlungsweise auf, aber die Geschichte aller Völker und aller Jahrhunderte erscheint für den Wissenden als eine ununterbrochene Kette von Treulosigkeiten, gebrochenen Verträgen, Verrat, Lüge, Hinterlist und Gemeinheit. Wollte man den Handlungen der Völker das Moralprinzip des Privatlebens zugrunde legen, so müßten alle vor Scham in die Erde versinken. Kann man aber heute nicht auch im Privatrecht wie in der moralischen Beurteilung menschlicher Beziehungen eine fortgesetzte Lockerung des Prinzips der Heiligkeit der Verträge feststellen? Jeder Krieg erscheint der eigenen Partei immer ein gerechter und geheiligter. Nur ein Krieg erscheint den Völkern ungerecht und unheilig: nämlich der verlorene.

Obwohl Amerika im Weltkrieg die Alliierten sozusagen aus dem Dreck herausgezogen hat, erscheinen sie sich trotzdem als die stolze Siegergruppe, ihr Krieg ein heiliger, ihre Verträge heilig und als eine ruhmreiche Handlungsweise. Darum haben alle diese Völker in ruhmwürdiger Weise Siegesalleen und Siegessäulen, Siegestore und Siegesstraßen und feiern große Erinnerungstage zum Andenken an ihren heiligen Krieg. Italien feiert die Kriegserklärung, also die Bündnisuntreue als einen der höchsten Feiertage. Aber das ist wohl der deutsche Grundfehler, das völlig Unpolitische in uns Deutschen: daß wir private Moralbegriffe auf das Verhalten zwischen Völkern übertragen. Staatsverträge sind, wie schon Bismarck meinte, nur unter dem stillschweigenden Vorbehalt: „rebus sic stantibus" zu verstehen.

„Das ist das letzte Pfand, das wir besitzen"

Paris, 22. Jan. Vor der außenpolitischen Kommission des Senats schilderte Senator Ordinaire die wirtschaftliche Lage des **Saargebiets**, das, „bisher so blühend unter dem Regime der Autonomie und der französischen Zoll-Union", gegenwärtig die Wirkungen der Wirtschaftskrise zu spüren bekomme. Der Senator behauptete, daß die öffentliche Meinung des Saargebiets für die Aufrechterhaltung des Status quo nach 1935 sei. Angesichts der Tatsache, daß Frankreich durch den Versailler Vetrag Verantwortungen gegenüber der ehrbaren und arbeitsamen Bevölkerung des Saargebiets übernommen habe, drückte der Senator die Ansicht aus, daß die französische Regierung sich nicht weigern könne, dem Ruf des Landes Folge zu leisten. Der „Intransigeant" fordert für den Fall, daß „Deutschland nicht bezahlen wolle", **das Saargebiet über 1935 hinaus besetzt zu halten.** „Das ist das letzte Pfand, das wir besitzen", erklärt das Blatt.

„Deutschland hat bereits weit mehr gezahlt, als der Wiederaufbau kostete

T.U. **Genf**, 23. Jan. In einem viel bemerkten Artikel führt der Außenpolitiker des „Journal de Geneve", William Martin, den Nachweis, daß Deutschland an Tributzahlungen bereits weit mehr gezahlt hat, als die für den Wiederaufbau der im Weltkrieg zerstörten Gebiete verwendete Summe beträgt. Während die Reparationskommission die gesamten deutschen Zahlungen auf etwa 20 Milliarden Goldmark schätze, habe das amerikanische Institute of Economists auf Grund eingehender Prüfungen die Höhe der deutschen Tributzahlungen auf 38½ Milliarden Goldmark berechnet. Nach deutschen Angbaen habe Deutschland jedoch bereits etwa 68 Milliarden Goldmark an Tributzahlungen aufgebracht. William Martin betont nachdrücklich, daß Deutschland unbestreitbar bereits 135 Milliarden französischer Franken an Tributen geleistet habe, während nach französischen Schätzungen die Kosten der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete 100 Milliarden französischer Franken betragen haben. Wenn die deutschen Tributzahlungen lediglich für die Reparationen verwendet worden wären, anstatt für alle möglichen anderen Zwecke, so wäre der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Frankreich und Belgien schon lange durch die deutschen Zahlungen vollständig gedeckt.

Borah gegen Lavals Forderungen

Washington, 24. Jan. Senator Borah veröffentlicht folgende **Erklärung:** Der einzige sogenannte konkrete Vorschlag, der in dieser Woche aus den Verhandlungen in Europa hervorgegangen ist, besteht in der **Verlängerung des internationalen Moratoriums.** Dieser Vorschlag imponiert mir nicht. **Er bedeutet weder Erleichterung noch Erholung.** Wenn Laval ein Programm finden würde, das uns eine bessere Zukunft, den Wiederaufbau Europas und die wirtschaftliche Erholung der Welt in Aussicht stellt, so würde er die Vereinigten Staaten außerordentlich interessiert finden. **Amerika hat von Beginn des Weltkrieges an nie gezögert, zu helfen, wenn es sich um wirkliche Hilfe für Europa handelte; aber welche Ermutigung besteht für Amerika nach Lavals Rede vom letzten Mittwoch, sich für Europa zu interessieren?** Laval stellte drei Forderungen auf: 1. die Unantastbarkeit und volle Bezahlung der Reparationen. 2. verlangte er, daß die Friedensverträge das geheiligte Statut Europas sein und bleiben sollen; 3. lehnte er die Abrüstung so lange ab, bis die Nationen einen Sicherheitspakt zur Verteidigung dieser Friedensverträge abschließen. **Was nutzt bei einem derartigen Programm ein Moratorium: wie kann dadurch irgend jemand geholfen werden; warum sollte Amerika an solchen Vorschlägen irgend ein Interesse haben?**

Gustav Cassel zum Scheitern der Lausanner Konferenz

T.U. **Stockholm**, 24. Jan. Im Sonntagleitartikel des „Svenska Dagbladet" geht Professor Gustav Cassel auf die Weltwirtschaftliche Bedeutung des Scheiterns der Lausanner Konferenz ein. Die ganze Kriegsschuldenfrage sei dadurch hoffnungslos verfahren. Bei der Vorbereitung der Konferenz habe man sich einseitig mit der Frage der Zahlungsfähigkeit Deutschlands beschäftigt und die ebenso wichtige Frage außer Acht gelassen, ob und wie die Gläubigerländer eigentlich die Möglichkeit hätten, die Zahlungen entgegenzunehmen. Die politischen Machthaber hätten die Warnungen einsichtiger Nationalökonomen in den Wind geschlagen, als sie geglaubt hätten, durch Machtmittel ihre schweren wirtschaftlichen Fehler wieder gutmachen zu können. Der innere Gegensatz zwischen den Tributforderungen und der Unsinnigkeit, Zahlungen in normaler Form — in Waren — entgegenzunehmen, habe anfangs durch die großen deutschen Anleihen überbrückt werden können. Als jedoch diese aufgehört hätten und infolge der Goldanhäufung in Frankreich und in den Vereinigten Staaten eine allgemeine Goldverknappung eingetreten sei, sei die ganze Weltwirtschaft in die Krise hineingezogen worden.

Professor Cassel kommt zu dem Schlusse, daß die wirkliche Ursache der Weltwirtschaftskrise in der Frage der Kriegsschulden und Reparationen zu suchen sei. Die Abzapfung der Tribute habe einen unerträglichen Blutverlust für die Weltwirtschaft bedeutet. Es sei vollkommen unmöglich, auf dem gleichen Wege weiter zu gehen oder jemals die gleiche Methode wieder aufzunehmen. Die französische These, daß es sich nur um eine vorübergehende Krise handele und kein Grund für durchgreifende Aenderungen vorhanden sei, sei völlig falsch.

Besprechung Laval-Macdonald voraussichtlich noch vor Wochenende

T.U. **Paris**, 24. Jan. Obgleich ein Termin für die bevorstehende Zusammenkunft zwischen den Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands noch nicht feststeht, nimmt man allgemein an, daß die Besprechungen noch vor Ende dieser Woche stattfinden werden. Man hält es für sehr unwahrscheinlich, daß die Zusammenkunft bis zum Wochenende verschoben wird, da die dann bis zum Beginn der Abrüstungskonferenz zur Verfügung stehende Zeit kaum ausreichen würde, um die verschiedenen internationalen Fragen von Grund auf zu behandeln. Sollte sich Macdonald jedoch aus innerpolitischen Gründen gezwungen sehen, bis zum Samstag in London zu verweilen, so hält man es in hiesigen politischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß die Eröffung der Abrüstungskonferenz um ein oder zwei Tage verschoben wird. Als Ort der Zusammenkunft wird neuerdings wieder Paris angenommen.

Man betont außerdem, daß die französische Regierung sich einer Wirtschafts- und Finanzkonferenz im Rahmen des von den Baseler Sachverständigen aufgestellten Plans nicht entziehen würde und auch bereit wäre, in der Reparationsfrage Entgegenkommen zu zeigen, wenn die Genfer Konferenz zu einer größeren Sicherheit in Europa führen würde.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Brüning antwortet Hitler

Versailles entscheidender Grund der deutschen Not

Die **Antwort der Reichsregierung an Hitler** wird nunmehr veröffentlicht. Der Brief des Reichskanzlers ist vom 22. Januar und sechseinhalb Schreibmaschinenseiten lang. der Brief befaßt sich mit den verfassungsrechtlichen und den politischen Bedenken, die Hitler gegen die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten geäußert hatte. Der Kanzler weist in dem Briefe darauf hin, **daß es sich niemals um Aufhebung der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt habe, sondern daß es sich**

lediglich darum handelte, die Amtsdauer der geschichtlichen Gestalt des jetzigen Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des Volkes auf eine gewisse Zeit zu verlängern.

Der Kanzler weist sodann darauf hin, daß eine Aenderung der Verfassung im Wege der Gesetzgebung zulässig und die **politischen Argumente Hitlers unsachlich seien.** Er betont, seine Anregung in der Präsidentschaftsfrage sei ausschließlich von nationalen, überparteilichen Gesichtspunkten diktiert gewesen. Er müsse es aber ablehnen, mit Hitler in eine Erörterung über Schlagwortbegriffe einzutreten. Er müsse es ferner auffällig finden, daß Hitler die Ursachen der deutschen Not auf parteipolitische Verhältnisse zurückführe. Nach fast allgemeiner Auffassung sei

ein außenpolitischer Tatbestand, nämlich der Versailler Vertrag, mit seiner politischen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeit und Unvernunft der entscheidende Grund der deutschen Not

An diesem Gesichtspunkte gehe Hitler vorbei. Wenn er im übrigen seine, Brünings, Anregung in der Präsidentschaftsfrage als ein Produkt der Angst eines Systems vor der politischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus bezeichne, so könne er damit seine, Brünings, Mitarbeiter und ihn selbst nicht treffen. **Durch das Vertrauen des Reichspräsidenten auf den Posten gestellt, kennen sie alle nur ein Ziel: Rettung des Vaterlandes aus seiner großen Not.**

Der Kanzler schließt mit folgenden Worten: „Wir scheuen dabei auch das Urteil des deutschen Volkes über unsere Maßnahmen nicht. Wenn Sie die von Ihnen gewünschte **Beseitigung des „herrschenden Systems" als einen außenpolitischen Gewinn Deutschlands bewerten zu sollen glauben, so muß ich Ihnen die Verantwortung für diesen Angriff auf eine Regierung, die alle Kraft an die Besserung der Lage des deutschen Volkes in den kommenden Verhandlungen zu setzen entschlossen ist, überlassen.** Es muß Ihnen bekannt sein, wie **die ganze Arbeit dieser Regierung von dem Primat der Außenpolitik beherrscht** wird. Ebenso aber werden Sie nicht leugnen wollen, daß der außenpolitische Erfolg zum Teil durch die Geschlossenheit bedingt ist, mit der die Nation hinter ihren Unterhändlern steht. Ich kann nur bedauern, daß Sie selbst in dieser kritischen Lage nicht die Folgerung aus dieser Wahrheit ziehen, die sich von selbst ergibt. Wenn Sie zum Schluß meine Fühlungnahme mit Ihnen als dem Führer einer, wie Sie sagen, jahrelang verfemten Partei von dem Gesichtspunkte der Moral aus beanstandeten, so kann ich Ihnen nur erwidern, daß es **nicht das erstemal war, daß ich mit Ihnen politische Probleme besprach,** und daß es anderseits sich für mich von selbst verstand, daß ich mich in einer die ganze Nation tiefbewegenden Frage auch mit dem Führer der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei unmittelbar in Verbindung setzte.

Mit vorzüglicher Hochachtung
(gez.) Brüning."

Ein Ausschuß für die Volkswahl Hindenburgs

Berlin, 24. Jan. Wie eine im allgemeinen gut unterrichtete Korrespondenz erfährt, sind die Bestrebungen, eine Volkswahl Hindenburgs herbeizuführen und zu sichern, keineswegs auf dem toten Punkt angelangt. Es hat sich vielmehr ein kleiner Kreis überparteilicher, in der Oeffentlichkeit aber sehr bekannter und maßgebender Persönlichkeiten zusammengefunden, über dessen Zusammensetzung im Interesse des Erfolges zunächst nichts Näheres mitgeteilt werden kann. Es ist bereits für diese Woche mit einem ersten Schritt dieses Ausschusses in der Oeffentlichkeit zu rechnen. Wie die Korrespondenz weiter mitteilt, hat Hitler erneut erklärt, daß er auf keinen Fall zur Reichspräsidentenwahl kandidieren wird.

Das Stillhalte-Abkommen

„Deutsches Kreditabkommen von 1932"

Berlin, 24. Jan. Nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des deutschen Schuldnerausschusses ist ein als **„Deutsches Kreditabkommen 1932"** bezeichnetes Abkommen zustandegekommen, das die Rechtsbeziehungen zwischen den ausländischen Bankengläubigern und den privaten Schuldnern **kurzfristiger Kredite im Sinne einer Aufrechterhaltung dieser Kredite für ein weiteres Jahr regelt.** Der Abschluß ist von Auslandsseite an die Voraussetzung geknüpft, daß die deutsche Gesetzgebung in bisheriger Weise die Durchführung des Abkommens sichert. Die ausländischen Bankengläubiger sollen, falls diese Bedingung nicht erfüllt wird, berechtigt sein, das Abkommen zu kündigen, ebenso für den Fall, daß die der Reichsbank über die BIZ. gewährten Notenbankkredite nicht erneuert werden oder, wenn besondere finanzwirtschaftliche Ereignisse auf internationalem Gebiet nach Auffassung der ausländischen Bankenausschüsse die Ausführung des Abkommens wesentlich gefährden. Das Abkommen endigt automatisch im Falle der Erklärung eines deutschen Auslandsmoratoriums.

Von dem Abkommen werden **alle kurzfristigen ausländischen Verbindlichkeiten deutscher Banken, Handels- u. Industriefirmen betroffen,** und zwar auch die erst nach dem 1. März 1932 während der Dauer des neuen Abkommens fällig werdenden Verbindlichkeiten. Das Abkommen sieht **keine festen Barrückzahlungen** vor, beginnt aber mit einer Rückführung der unbenutzten Kreditlinien. Jeder Gläubiger ist berechtigt, am 1. März 1932 die Gesamtheit der von ihm zugesagten Kredite um 10 Prozent zu kürzen, jedoch nur im Rahmen der unbenutzten Kreditlinien. Darüber hinaus ist vorgesehen, daß Vertreter der ausländischen Bankenkomitees mit Vertretern des deutschen Schuldnerkomitees **vierteljährlich,** erstmalig am 1. Juli 1932, **zusammenkommen und dabei auch etwaige allgemeine Rückzahlungen festsetzen.** Hierbei wird die Reichsbank Gelegenheit haben, ihre Stellungnahme, von der die Durchführung der Rückzahlungen abhängt, bekanntzugeben. **Beachtenswert ist, daß eine Verpflichtung der Reichsbank zur Bereitstellung von Devisen in dem Abkommen nicht vorgesehen ist.**

Eine besondere Behandlung, welche die Ansätze zu **langfristiger Konsolidierung** der Schulden erkennen läßt, ist für die von den deutschen Banken am 29. Februar 1932 in Anspruch genommenen **ungesicherten Barkredite** vorgesehen. Die betreffenden deutschen Banken sollen Werte im ausmachenden Betrag von 15 Prozent dieser ungesicherten Barkredite und zwar in erster Linie Solawechsel ihrer Debitoren, bei der Reichsbank als Treuhänderin einliefern, wobei diese Werte auf einen Gesamtbetrag von ungefähr 200 Millionen RM. geschätzt werden. Auf Grund dieser Unterlagen werden zu 6 Prozent verzinsliche, in Halbjahresraten rückzahlbare zehnjährige Zertifikate ausgestellt werden. Einen anderen Weg zur Umwandlung der kurzfristigen Schulden in langfristige Kapitalanlagen kann der Gläubiger beschreiten, indem er über seine am 29. Februar 1932 ausstehenden ungesicherten **Valutakassekredite** sowie die fällig werdenden älteren Kredite gleichen Charakters in Reichsmark verfügt und den Reichsmarkbetrag in Deutschland entweder für mindestens fünf Jahre hypothekarisch festlegt oder Wertpapiere irgend welcher Art kauft oder Grundbesitz und dergleichen, und zwar mit entsprechender Sperrfrist, unter Aufsicht der Reichsbank erwirbt.

In der Frage der **Zinsen und Provisionen** konnte leider eine **grundsätzliche Verbesserung nicht erzielt werden.** Es ist jedoch zu hoffen, daß die im Vertrag enthaltene und in den Verhandlungen vielfach ausgesprochene Empfehlung, sich in einer gewissen Ermäßigung der Zins- und Provisionssätze auswirken wird. Zur Entscheidung über Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien ist wiederum ein Schiedsgericht vorgesehen. Die bekannte Garantieverpflichtung der **Golddiskontbank** wird auch auf die unter das neue Abkommen fallenden, also nach dem 1. März 1932 fällig werdenden Auslandsschulden ausgedehnt.

Gläubigerbanken über Deutschlands Kreditfähigkeit

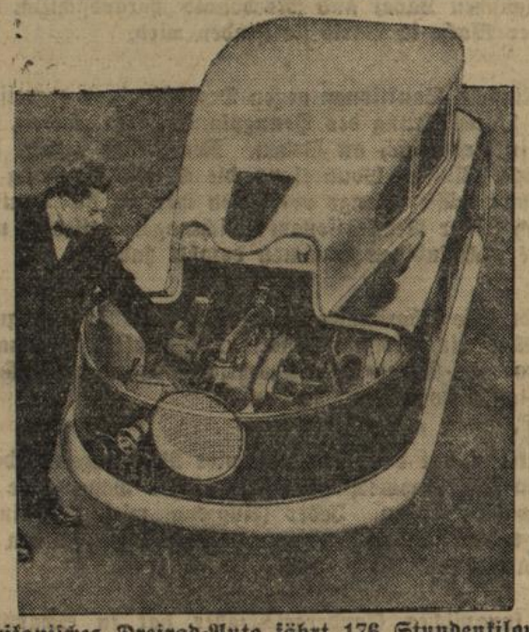
Berlin, 24. Jan. Zu dem neuen Stillhalteabkommen haben die ausländischen Gläubigerbanken einen Bericht verfaßt, in dem u. a. betont wird, daß eine Stärkung des allgemeinen Kreditsystems in Deutschland und im besonderen der Reichsbank im eigenen Interesse der Gläubiger liege. Ihre Politik müsse darin bestehen, die **Reichsbank und die Stabilität der deutschen Währung zu schützen.** Eine weise Politik erfordere ferner, daß nicht versucht werde, die **kurzfristigen Kredite** vollständig zu liquidieren, was nicht ohne geradezu verhängnisvolle Ereignisse geschehen könnte, sondern man sollte vielmehr **das Vertrauen wiederherstellen,** damit die ausländischen Gläubiger bereit seien, Deutschland weiterhin Kredite zu gewähren.

Die Höhe der von dem neuen Abkommen umfaßten Kredite dürfte etwa 5,36 Milliarden RM. betragen. Bei einer Rückkehr normaler Verhältnisse werde es nach Ansicht der ausländischen Gläubigerbanken für ein so großes Land wie Deutschland nicht schwer sein, eine kurzfristige Verschuldung in derartiger Höhe zu tragen.

Am Schluß des Berichtes heißt es, **daß die kurzfristigen Gläubiger alles mögliche getan haben, um Deutschland für die nächsten zwölf Monate eine Zeit der Erholung zu gewähren.** Die ungeheuren Kräfte einer Regeneration, welche die deutsche Wirtschaft besitze, würden bei einer Besserung der Weltwirtschaftslage sofort offenbar werden und man müsse daher gebieterisch fordern, daß die Hindernisse für eine derartige Entwicklung entfernt werden. Dies könne nur durch eine **positive Aktion der Regierungen und der Völker in einer Sphäre internationaler Zusammenarbeit geschehen,** und man sollte hierbei, wie sowohl in dem Layton-Bericht als auch in dem Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses ausgeführt ist, **keine Zeit verlieren.** Die gegenwärtige ungeheure Wirtschaftskrise sollte allen Völkern der Erde erneut die Tatsache vor Augen führen, daß alle Länder gemeinsam reich werden. Eine Erleichterung der bisherigen Belastung und eine größere Beweglichkeit seines Handels, die den Wohlstand eines Landes erhöhten, würden auch allen anderen Ländern zugutekommen.

Arbeitsprogramm des Völkerbundsrats

Genf, 22. Jan. Durch die Vertagung der Lausanner Konferenz ist das Interesse an der Tagung des Völkerbundsrates, die am Montag beginnt, größer geworden. Unter den mehr als 40 Punkten befinden sich die Klage von Pleß gegen den polnischen Staat. Zum ersten Mal wird sich der Rat mit den Beschwerden über die Unterdrückung der **ukrainischen Minderheit** beschäftigen. Bisher hat die polnische Regierung eine Stellungnahme des Rates zu verhindern gewußt. Es scheint, daß auf ukrainischer Seite entschieden Wert darauf gelegt wird, diese Angelegenheit aus dem Dunkel der Beratungen des Dreierkomitees in das Licht der öffentlichen Ratsbehandlung zu rücken. Durch das Ausscheiden des englischen und des tschechoslowakischen Mitgliedes der Regierungskommission des **Saargebietes** steht der Rat vor der Aufgabe, die beiden Posten neu zu besetzen. Ferner wird sich der Rat mit verschiedenen **Danziger Fragen** beschäftigen. Auch wird der Rat nochmals zu der Lage im **chinesisch-japanischen Konflikt** Stellung zu nehmen haben und die Verselbständigung des bisherigen britischen Mandatsgebietes Irak anhand eines von der Mandatskommission vorgelegten Berichtes zu prüfen haben. Der dem Völkerbundsrat vom Wirtschaftskomitee vorgelegte **Bericht über die Weltwirtschaftslage** ist diesmal von besonders aktuellem Interesse, da in diesem Bericht sehr deutlich und entschieden die Auffassung vertreten wird, daß die internationale Verschuldung der Hauptgrund für die Lähmung des Wirtschaftslebens in der Welt ist.



Amerikanisches Dreirad-Auto fährt 176 Stundenkilometer

Der von dem amerikanischen Flugzeug-Konstrukteur James V. Martin (links) erbaute Stromlinien-Dreiradwagen, der bei einem Brennstoffverbrauch von nur 6 Liter für 100 Kilometer eine Stundengeschwindigkeit von 167 Kilometer erreicht haben soll. Das tropfenförmige Fahrzeug besitzt weder Federn, Rahmen noch Achsen und ist mit einem 4zylindrigen Motor ausgerüstet, der am hinteren Ende eingebaut ist.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[13

Frau von Löwenried sah in das schöne, schmale Gesicht. Sie dachte an ihren Neffen und daran, daß er gesagt hatte:

„Ich werde nicht heiraten. Es war eine Tragödie in meinem Leben, und diese Tragödie wird mir anhangen bis in meine Todesstunde. Es gäbe wohl etwas, das mich aus der Entsagung, in die ich mich nun einmal eingesponnen habe, herausreißen könnte! Doch wozu erst darüber sprechen!"

Das hatte Dietrich gesagt. Und Frau von Löwenried war sich vorgekommen wie eine Hellseherin. Aber es war eigentlich gar keine Kunst nötig, es lag so nahe, daß er Elme lieben mußte, die ihrer Mutter zum Verwechseln ähnlich war.

Frau von Löwenried war über sich selbst erstaunt gewesen, daß sie auch nur fünf Minuten lang hatte glauben können, Dietrich würde sich zu einer Heirat zureden lassen. Er war schon immer sonderbar und eigenartig gewesen. Und Elme hätte den sichersten Hafen ihres Lebens gefunden, wenn sie seine Frau geworden wäre. Bei Männern vom Schlage Dietrichs fragte man überhaupt nicht nach dem Alter — die blieben ja doch immer begehrenswert.

Freilich, Elme ließ sich ihre Abneigung gegen Dietrich ziemlich deutlich merken. Frau von Löwenried hatte schon ein paarmal vorsichtig sondiert, war aber zu keinem Resultat gekommen, denn Elme hatte sich sofort scheu in sich zurückgezogen.

Die alte Dame war ratlos. Nebenbei war sie über sich selbst erstaunt. Noch vor kurzem hatte sie dringend gewünscht, daß Dietrich diese oder jene junge Dame aus ihrem Bekanntenkreise heiraten sollte. Und jetzt war es ihr beinahe, als wäre nie jemand anders für ihn in Frage gekommen wie die kleine Elme. Wie sonderbar doch das Leben war!

In wenigen Wochen war das Trauerjahr vorüber. Wie doch die Zeit verging! Und dann würde Elme endlich ihre Jugend genießen. Lange genug hatte sie ja gelebt wie ein armer, gefangener Vogel.

Ob sich nicht doch einer finden würde, der sie zur Frau begehrte, trotz ihrer vermeintlichen Armut? Dann würde es ein Glück sein, denn dann liebte dieser Mann Elme wirklich. Ob sie am Ende schon gewählt hatte? Umschwärmt wurde sie ja allgemein. Ihre Schönheit konnte nicht unbeachtet bleiben. Und Fritz von Dortlingen, der reiche Grundbesitzer aus Schlesien, widmete sich Elme auffallend bei jeder Gelegenheit, und er war in letzter Zeit sehr viel bei seinen Verwandten zu Besuch, um nur ja recht oft mit Elme von Dörring zusammentreffen zu können.

Fritz von Dortlingen war ein zielbewußter, energischer Mensch, war von keines anderen Willen abhängig und würde sich an nichts kehren, wenn ihm Elme gefiel. So gefiel, daß er sie zur Frau begehrte.

Elme benahm sich tadellos. Nichts, aber auch nichts konnte man ihr zum Vorwurf machen. Und die alte Frau von Rödern, die sonst über alles herzog, hatte der Geheimrätin neulich zugeflüstert:

„Reizendes Dingel, die kleine Dörring! Na, sie wird wohl nicht zu lange Ihres Schutzes bedürfen, liebste Freundin. Die jungen Herren haben doch auch Augen im Kopfe und werden schon beizeiten feststellen, wer die Schönste ist."

Frau von Löwenried hatte genickt.

„Gewiß, doch ein Weilchen Zeit hat es schon noch. Die Kleine mag sich nur erst ein wenig in der Welt umsehen. Sie hatte bisher so wenig von ihrem jungen Leben."

Frau von Rödern hatte zustimmend mit dem Kopfe genickt.

„Ja, ist recht so. Und von Ihnen ist es sehr menschenfreundlich, daß Sie sich der Kleinen angenommen haben."

Frau von Löwenried, die sehr wahrheitsliebend war, bedrückte dieses Lob, das sie doch gewissermaßen unverdient einsteckte, weil sie nicht sagen durfte, daß Dietrich ihr einen hohen Zuschuß für Elme monatlich zahlte. So hatte sie nur vorsichtig gesagt:

„Ich tue es sehr gern, denn ich habe die verstorbene Frau von Dörring sehr hochgeschätzt."

„Das haben alle Menschen getan. Aber der elegante Herr Gemahl hat ja dafür gesorgt, daß man es ihr nicht zeigen durfte. Und das andere — Sie wissen schon —, das war der größte Unsinn, der mir je im Leben vorgekommen ist. Maria von Dörring hat nie etwas getan, das den Menschen ein Recht gegeben hätte, es zu bekritteln. Ich habe mit dieser Meinung nie hinter dem Berge gehalten. Und ganz besonders in letzter Zeit nicht, seit ich Elme von Dörring kennengelernt habe. Denn es gibt ja leider immer wieder mal ein Klatschmaul, dem man es gelegentlich stopfen muß. Uebrigens, den Wohltätigkeitsbasar der Fürstin Saboffsky besuche ich nicht. Wenn ich nicht mal weiß, wem das Geld zugute kommen soll! Und wenn man mich nicht einmal in den Vorstand wählen kann! Prinzessin Luise hat nie einen Basar veranstaltet, ohne mich um das und jenes zu fragen, und ich war auch stets eine der Vorstandsdamen. Aber die Welt hat sich geändert, und der schwarze Wuschelkopf der Fürstin scheint ganz besonders absurde Ideen zu fabrizieren. Uebrigens, was machte sie denn Ihrem Neffen, dem Dietrich Rheinsbergh, für Augen? Der scheint ihr zu gefallen, der große, schöne, welterfahrene Mann. Nun, hoffentlich fällt er nicht auf sie herein, es täte mir leid um ihn."

So! Frau von Rödern hatte befriedigt geschwiegen. Sie hatte so mit einem Schlage alles angebracht, was sie seit Tagen auf dem Herzen gehabt hatte.

Freundlich lächelnd, war sie in ihrem weinroten Seidenkleid, das man immer wieder begrüßen konnte wie einen alten, lieben Bekannten, weitergerauscht.

Aber Frau von Löwenried hatte das Empfinden, als sei sie bisher in einer Art Dämmerzustand gewesen. Wie hatte sie nur übersehen können, daß die Fürstin ganz auffällig die Gesellschaft Dietrichs suchte? Sollte sich da etwas anspinnen?

(Fortsetzung folgt.)